

3. Jahreskongress zur politischen Bildung in Mecklenburg-Vorpommern

Polen für Anfänger?!

Polen als Thema für die politische Bildung

**Schirmherr: Henry Tesch, Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur
Mecklenburg-Vorpommern**

30. Oktober 2010, 10.00 – 16.30 Uhr, Pasewalk

Thomas Winter (Universität Rostock): Polen – eine kleine politische Landeskunde.

Polen ist Deutschlands zweitgrößter direkter Nachbar, mit einer Fläche von etwa 312.000 qkm und einer Bevölkerung von ca. 38 Millionen Einwohnern. Es ist seit 1999 Mitglied der NATO und seit 2004 Mitglied der EU – ein gewichtiger Spieler, der bereits mehrfach gezeigt hat, daß er sich nicht mit einem Platz in der zweiten Reihe begnügen will.

Wer Polen verstehen will, muß seine Geschichte kennen. Wohl noch mehr als in Deutschland ist das historische Bewußtsein in Polen ausgeprägt und beeinflußt die Wahrnehmung und Bewertung der Umwelt – und damit auch die Position Polens zu politischen Fragen.

Geschichte

Polen trat 966 auf die Landkarte Europas. Um 1000 lag sein Herrschaftsgebiet ungefähr dort, wo Polen auch heute liegt. Die feudale Zersplitterung im 12. und 13. Jahrhundert und eine Reihe von Kriegen führten allerdings zu einer Germanisierung der westlichen Landesteile. Diese lief friedlich und auf Betreiben polnischer Fürsten ab, die ihre Gebiete wirtschaftlich entwickeln und kriegsbedingte Bevölkerungsverluste kompensieren wollten. 1226 holte zudem Konrad von Masowien den Deutschen Orden ins Land, der für ein kleines Stück Land um Thorn und Kulm herum die heidnischen Prußen unterwerfen sollte. Der Deutsche Orden expandierte jedoch weit über das Kulmer Land hinaus und beherrschte bald große Teile des heutigen Baltikums.

Erst im 14. Jahrhundert konnte Polen wiedervereinigt und unter König Kasimir dem Großen zu neuer Blüte geführt werden. Durch den Verlust Pommerns und Schlesiens war es allerdings nach Osten abgedrängt worden. Da Kasimir keinen Sohn hinterließ, bestieg 1386 der litauische Großfürst Jagiello den polnischen Thron und begründete die polnisch-litauische Personalunion. Die polnischen Könige herrschten damit über weite Flächen Osteuropas, da Litauen damals um ein Vielfaches größer war. Ein polnisch-litauisches Heer schlug 1410 den Deutschen Orden bei Tannenberg und beendete dessen Expansion – Polen-Litauen wurde zur Großmacht, geriet jedoch nun von Süden durch das Osmanische Reich und von Osten durch das

Großfürstentum Moskau unter Druck. Moskau verstand sich als Nachfolger der Kiewer Rus, dessen Gebiete nun weitgehend zu Litauen gehörten. Das Resultat war ein ständiger Kriegszustand zwischen den beiden Mächten. Die westliche Grenze zum Heiligen Römischen Reich hingegen blieb jahrhundertlang unverändert.

Dies änderte sich im 18. Jahrhundert. Polen-Litauen war 1569 zu einer Adelsrepublik vereinigt worden, die noch heute als 1. Polnische Republik gilt. Der Adel – mit etwa 10% eine ungewöhnlich große Bevölkerungsschicht – genoß weitgehende Privilegien, der König wurde nur noch gewählt und besaß keine sehr machtvollen Stellung mehr. Resultat war die „Goldene Freiheit“, eine Zeit der kulturellen Blüte und der religiösen Toleranz, die Juden aus ganz Europa anzog – selbst die Gegenreformation lief völlig gewaltlos ab. Egoismus, mangelnder Zusammenhalt und die Wahl nicht-polnischer Könige machten das Land jedoch anfällig für die Einflußnahme äußerer Mächte. Die ein Jahrhundert lang regierenden Wasa-Könige zogen das Land in innerschwedische Konflikte hinein, die auch Krieg über Polen brachten, und im Osten setzte das Zarenreich Polen-Litauen unter Druck. Auch wenn König Jan III. Sobieski das Heer befahl, das 1683 bei Wien die Türken schlug, war die Glanzperiode Polens vorbei. Innenpolitisch zerrissen, reformunfähig und Opfer von Verrat, wurde Polen Ende des 18. Jahrhunderts von Rußland, dem Habsburgerreich und dem aufstrebenden Preußen aufgeteilt – eine einstige Großmacht verschwand einfach von der Landkarte.

In den napoleonischen Kriegen und mehreren Aufständen kämpften die Polen in den kommenden 123 Jahren erfolglos für die Wiedererrichtung ihres Staates. In dieser Zeit entstanden die wichtigsten Werke polnischer Literatur und die enge Verschmelzung nationaler und religiöser Identität, da mangels Staat für die Entwicklung eines polnischen Nationalbewußtseins nur Sprache, Kultur und Religion blieben. In Preußen und besonders in Rußland wurden Sprache und Kultur der Polen dabei massiv unterdrückt. Erst das Ende des Ersten Weltkrieges brachte Polen 1918 zurück auf die Landkarte. Während die Westgrenze der „Zweiten Republik“ in Versailles festgelegt wurde, gewann Polen, das seine Ostgebiete zurückwollte, unter dem Staatsgründer Józef Piłsudski einen fast schon verlorenen Krieg gegen das nach Westen drängende Sowjetrußland („Wunder an der Weichsel“). Die Zwischenkriegszeit war unruhig, denn nach innen bestimmten autoritäre Tendenzen und Nationalitätenkonflikte im Vielvölkerstaat die Agenda, während die Beziehungen vor allem zu Deutschland, zur Sowjetunion und zum nun unabhängigen Litauen schwer belastet waren.

1939 teilten Hitler und Stalin Polen erneut. Polen, „diese Mißgeburt des Versailler Vertrages“ (Molotow), war erneut von der Landkarte getilgt, und dieses Mal sollte es auch als Kulturnation vernichtet werden. Während der sowjetische Geheimdienst 22.000 Vertreter der Elite ermordete („Massaker von Katyń“), vertrieb Deutschland die Polen aus den annektierten Gebieten ins „Generalgouvernement“, das als Reservoir für ungelernete Arbeitskräfte mit nur minimaler Schulbildung dienen sollte. Das Generalgouvernement war auch Hauptschauplatz des Holocaust. Insgesamt verloren sechs Millionen polnische Bürger im Zweiten Weltkrieg ihr Leben, davon bis zu 200.000 im Warschauer Aufstand, der 1944 losbrach und von deutscher Seite brutal niedergeschlagen wurde. Weite Teile der Hauptstadt waren danach eine Trümmerwüste. Obwohl Polen zu den größten Truppenstellern der Anti-Hitler-Koalition gehörte – die meisten kämpften im Exil – opferten die Westalliierten das

Land dem Bündnis mit Stalin. Polen wurde gegen seinen Willen zu einem sowjetischen Satellitenstaat.

Mit insgesamt fünf Erhebungen war Polen der Unruheherd des Ostblocks schlechthin. Schließlich mußte die Führung Zugeständnisse machen. 1980 formierte sich die legendäre „Solidarność“, die schnell zu einer Massenbewegung wurde und mit knapp zehn Millionen Mitgliedern mehr als 25% der Bevölkerung umfaßte. Die Freiheit dauerte nur kurz: Im Dezember 1981 wurde für eineinhalb Jahre das Kriegsrecht verhängt, die Opposition wieder unterdrückt und viele ihrer Führer verhaftet. Die erneute Unterdrückung währte, auch wegen der Machtübernahme Gorbatschows in der Sowjetunion, jedoch nicht lange. Die kommunistische Führung nahm 1988 Kontakt zum demokratischen Untergrund auf, weil der Legitimationsverlust ihre Einbeziehung unumgänglich machte. Anfang 1989 wurde am legendären „Runden Tisch“ eine Reform des Systems mit „halbfreien“ Wahlen beschlossen, die für die Kommunisten zum Fiasko wurden und zur ersten nicht-kommunistischen Regierung des gesamten Ostblocks unter Tadeusz Mazowiecki führten. Die vernichtende Niederlage des Regimes und der Druck durch die Bevölkerung führten schließlich zur freien Wahl des Solidarność-Führers Lech Wałęsa zum Präsidenten und 1991 zu den ersten völlig freien Parlamentswahlen. Die Dritte Polnische Republik war geboren.

Die ökonomische Transformation – von der „Polnischen Wirtschaft“ zum Europa-Primus

Nach 1989 lag eine Herkulesaufgabe vor Polen: Nicht nur die politische Transformation zur Demokratie, auch die ökonomische Transformation zur Marktwirtschaft galt es zu bewältigen. Anders als viele andere Länder Ost- und Ostmitteleuropas setzte die neue Regierung dabei auf die vom Finanzexperten Leszek Balcerowicz konzipierte „Schocktherapie“ – zum 1. Januar 1990 wurde das planwirtschaftliche System in weiten Teilen über Nacht auf die Marktwirtschaft umgestellt. Polen stürzte damit zwar in eine Rezession und sah sich mit der vorher nicht bekannten Massenarbeitslosigkeit konfrontiert, erholte sich jedoch schnell wieder und konnte ab 1992 ununterbrochenes Wachstum vermelden – sogar im Krisenjahr 2009 verzeichnete Polen als einziges EU-Land ein Plus. Damit hebt sich Polen von vielen anderen Transformationsstaaten ab, die zum Teil nur langsam wieder auf die Füße kamen und in der Folgezeit auch Rezessionen zu verzeichnen hatten.

Heute ist Polen eine moderne Marktwirtschaft. Zwar gibt es immer noch einige Großbaustellen – etwa die Privatisierung einiger großer Unternehmen wie der polnischen Bahn oder die Reform des Rentensystems – und das Wohlstandsniveau ist noch nicht auf westeuropäischem Niveau angekommen, aber arm ist Polen auch nicht mehr. Nach dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf zählt es zu den 50 reichsten Ländern der Welt, in der Rangliste der Wirtschaftsmächte liegt es auf Platz 20. Knapp zwei Drittel des Bruttoinlandsproduktes werden über Dienstleistungen erwirtschaftet, 28% durch die Industrie, und unter 5% durch die Landwirtschaft. Der überproportional erscheinende Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft – etwa 17% der erwerbstätigen Bevölkerung – ist mit Vorsicht zu genießen. Denn viele „Landwirte“ produzieren nur nebenbei auf Kleinstflächen für den eigenen Bedarf, und nach dem EU-Beitritt lasse sich einige weiterhin als Landwirte führen, um in den Genuß von Agrarsubventionen zu kommen, obwohl sie arbeitslos sind oder schon

längst anderweitig ihr Geld verdienen. Dennoch ist Polen ein wichtiger Exporteur von Nahrungsmitteln – darunter auch von Bio-Produkten.

Dabei ist Polen regional auffällig geteilt: Der reichere Teil der Bevölkerung lebt nicht nur in den Städten, sondern vor allem auch in den westlichen Teilen des Landes, den ehemaligen deutschen Ostgebieten. Das hängt neben der Bevölkerungsstruktur unter anderem damit zusammen, daß die Infrastruktur besser ausgebaut ist und nur hier die Kollektivierung der Landwirtschaft in kommunistischen Zeiten erfolgreich war. Im Osten und Süden des Landes hingegen wirken die gewollte Unterentwicklung durch die russischen Herrscher und die kleinbäuerlichen Strukturen, gegen deren Abschaffung sich die Bevölkerung im Kommunismus erfolgreich gewehrt hat, noch immer nach. Die immer noch vorhandene Armut ist vor allem hier zu finden – so finden sich die höchsten Arbeitslosenquoten von bis zu 20% in der Wojewodschaft Ermland-Masuren im ehemaligen Ostpreußen.

Landesweit liegt die Arbeitslosigkeit bei etwa 10%, wozu auch der EU-Beitritt einiges beigetragen hat: bis zu zwei Millionen Polen sind nach 2004 zeitweise oder dauerhaft ausgewandert. Insbesondere die britischen Inseln haben einen massiven Ansturm polnischer Arbeitskräfte erlebt – und davon profitiert, während Deutschland seinen Arbeitsmarkt erst im Mai 2011 endgültig öffnen wird.

Das politische System

Polen ist nach mehreren Verfassungsänderungen in den 1990ern heute eine parlamentarische Demokratie – die Regierung ist von der Parlamentsmehrheit abhängig und kann von ihr gestürzt werden. Allerdings hat der Präsident, da er direkt gewählt wird, mehr Kompetenzen als der deutsche. So wirkt er an der Gestaltung der Außenpolitik mit und kann aus politischen Gründen ein Veto gegen Gesetze einlegen – dieses kann mit einer 3/5-Mehrheit (60%) vom Parlament jedoch überstimmt werden. Vor allem diese Blockademöglichkeit und die unklare Kompetenzabgrenzung in der Außenpolitik sind Grund für immer wiederkehrende Debatten über eine Änderung der Verfassung.

Das Parlament besteht aus zwei Kammern – dem Sejm mit 460 Abgeordneten und dem Senat

mit 100 Senatoren. Der Senat wurde während der Verhandlungen am Runden Tisch eingeführt und ist nach der vollständigen Demokratisierung immer wieder Gegenstand von Diskussionen, da er nach Meinung von Kritikern keine Daseinsberechtigung mehr hat. Er erfüllt allerdings eine wichtige Korrekturfunktion für die vom Sejm verabschiedeten Gesetze, da diese handwerklich nicht immer gut gemacht sind. Als zusätzliches Kontrollelement hat Polen ein Verfassungsgericht, das ähnlich dem deutschen funktioniert.

Administrativ ist Polen in 16 Wojewodschaften unterteilt, die jedoch keine Staatsqualität haben wie die 16 deutschen Bundesländer. Sie sind aber auch mehr als einfache Verwaltungsbezirke: Dem Wojewoden als Vertreter der Zentralregierung stehen ein Regionalparlament und ein Marschall als Chef der regionalen Exekutive gegenüber. Es handelt sich also um einen Mischtyp.

Parteiensystem

Während die ehemaligen Blockparteien in demokratisierter Form bis heute existieren, war das ehemalige Oppositionslager in den 1990er Jahren sehr instabil. Erst seit 2001 ist dieses „Post-Solidarność-Spektrum“ weitgehend stabilisiert. Explizit christdemokratische Parteien existieren nicht, weil Polen bis heute keinen richtigen Staat-Kirche-Konflikt erlebt hat. Das deutsche Rechts-Links-Schema funktioniert in Polen übrigens nicht – hier ist es nicht unüblich, daß weltanschaulich „linke“ Parteien eher marktwirtschaftlich und weltanschaulich „rechte“ Parteien eher sozialstaatlich orientiert sind.

Während Polen von 1991 bis 2005 stets einen Wechsel von Post-Solidarność- und postkommunistischen Regierungen erlebt hatte, dominieren seit 2005 konservative Parteien – die postkommunistische SLD, die noch 2001 einen überrasgenden Wahlsieg eingefahren hatte, spielt nach Skandalen und Affären nur noch eine Nebenrolle. Die von der Partei „Recht und Gerechtigkeit“ (Prawo i Sprawiedliwość, PiS) geführten Regierungen ab 2005 wurden aufgrund autoritärer Tendenzen und zunehmender Aggressivität und Polarisierung 2007 von der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska, PO) abgelöst.

Die derzeit regierende PO ist aus Nachfolgeformationen der Solidarność hervorgegangen und als konservativ-liberal und pro-europäisch einzuschätzen. Die Partei errang 2007 als „Kaczyński-Verhinderer“ einen überrasgenden Wahlsieg. Seit 2010 ist der PO-Politiker Bronisław Komorowski auch Staatspräsident. Die Regierung wird allerdings wegen ihrer Passivität kritisiert – nun umso mehr, als sie sich nicht mehr hinter dem tragisch verunglückten Präsidenten Kaczyński und seiner Blockadepolitik verstecken kann.

Die PiS ist ebenfalls eine Post-Solidarność-Partei, allerdings national-konservativ und damit ideologisch eher „rechts“ von der PO. Wirtschaftlich vertritt sie jedoch einen eher wohlfahrtsstaatlichen Ansatz und kritisiert den markoliberalen Kurs der Regierung Tusk. Die „Law-and-Order“-Partei ist als europaskeptisch und dezidiert antikommunistisch einzustufen. Sie wird vom Vorsitzenden Jarosław Kaczyński sehr hierarchisch geführt, so daß sogar schon der Begriff „Führerpartei“ aufkam. Kritiker wurden bereits mehrfach kaltgestellt oder aus der Partei ausgeschlossen. Die Partei wird zudem für ihre autoritäre Regierungsweise, ihre Missachtung demokratischer und rechtsstaatlicher Standards und ihr aggressives Auftreten kritisiert. Diese Züge haben nach dem Flugzeugunglück von Smolensk weiter zugenommen, so daß einige Beobachter meinen, daß Polen derzeit eigentlich keine richtige Opposition habe.

Das postkommunistische „Bündnis der demokratischen Linken“ (Sojusz Lewicy Demokratycznej, SLD) ist aus der polnischen KP hervorgegangen, hat sich aber schnell zur Sozialdemokratie reformiert. Dieser Wandel ermöglichte es ihr bereits zweimal, die Regierung zu führen, und der ehemalige Parteifunktionär Aleksander Kwaśniewski war nicht nur zehn Jahre lang Staatspräsident, sondern auch der beliebteste Politiker des Landes. Durch Skandalen und Affären stürzte die SLD nach einem überrasgenden Wahlsieg von 2001 aber massiv ab – seit 2005 erhält sie nur noch knapp über 10% der Stimmen und ist die einzige Partei, die im Parlament das linke Spektrum vertritt.

Die Polnische Volkspartei (Polskie Stronnictwo Ludowe, PSL) ist ebenfalls eine reformierte Blockpartei und die einzige, die eine klar definierte sozioökonomische

Zielgruppe hat – die Bauern. Die PSL ist zwar klein, aber nach allen Seiten kooperationsfähig, und war deswegen auch bereits an vielen Regierungen beteiligt. Aktuell ist sie Koalitionspartner der PO.

Die Rolle der Kirche

Der Katholischen Kirche wird häufig eine dominantere Stellung in der Politik zugesprochen, als ihr wirklich zukommt. Es stimmt, daß Polen ein sehr katholisches Land ist und die Kirche als moralische Autorität gilt, auch wenn sich Polen immer mehr säkularisiert – 2009 waren „nur noch“ 89% der Polen Katholiken. Das hohe Ansehen der Kirche hat auch mit ihrer Rolle während der Teilungszeit (als national einigende Institution) und während des Kommunismus (als Ort kleiner Freiheiten) zu tun – und mit Johannes Paul II., dem polnischen Papst. Dieser symbolisiert nicht nur die weltpolitische Geltung des kleinen Polen, sondern hat mit moralischer Unterstützung auch viel zum Sturz des Kommunismus beigetragen. In ihm verschmolzen die Eigenschaften eines religiösen Führers und eines Nationalhelden – entsprechend versank Polen nach seinem Tod 2005 in tiefer Trauer.

Während ein Teil der Gesellschaft einen extrem konservativen Katholizismus pflegt – bekanntes Medium dieser Strömung ist das auch von der Katholischen Kirche häufig kritisierte „Radio Maryja“ – und seinen politischen Anspruch vor allem von der PiS vertreten läßt, wurde die politische Betätigung der Kirche nach der Wende jedoch auch sehr kritisch gesehen. Wahlempfehlungen von Geistlichen und die Einmischung der Kirche in politische Debatten sind keine Seltenheit, werden jedoch immer häufiger kritisiert, insbesondere vom größeren liberaleren Teil der Gesellschaft.

Polen in der internationalen Politik

Das wichtigste außenpolitische Ziel Polens war nach der Wende Sicherheit – vor dem historischen Hintergrund ist das nicht unverständlich. Fast konsensual strebte Polen daher nach der Grenzregelung mit Deutschland mit aller Macht in die NATO und in die EU. Der EU-Beitritt hatte nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch politischen Charakter – als Integration Polens in den Westen, weg von der russischen Einflußsphäre und weg von der unsicheren „Zwischenlage“ in Mitteleuropa. Sicherheitspolitisch war jedoch vor allem die NATO das Ziel – auch weil die USA als Garant für Polens Sicherheit betrachtet wurden. Europäischen Sicherheitsgarantien und Bündnissen begegnete man eher mit Skepsis, hatten diese doch schon 1939 völlig versagt.

Dieses fehlende Vertrauen in Europa führte zur „Nibelungentreue“ Polens zu den USA, die sich auch 2003 während des Irakkrieges zeigte. Transatlantische Kooperation, militärische Präsenz der USA in Europa, Erhalt der NATO als Verteidigungsallianz und möglichst enge Beziehungen zu den USA – das sind noch immer die Grundpfeiler polnischer Sicherheitspolitik, auch wenn mittlerweile ein Umdenken eingesetzt hat. Während die PiS weiter die traditionelle Linie vertritt, hat allgemein eine Entspannung und Europäisierung eingesetzt, so daß Polen auch den USA gegenüber zunehmend selbstbewußt auftritt.

Das Verhältnis zu Deutschland ist so gut wie noch nie – daran konnte auch die deutschlandskeptische Haltung der Kaczyński-Brüder und ihre Betonung historischer Streitpunkte inklusive der Kontroverse um das Zentrum gegen Vertreibungen nichts ändern. Deutschland ist Polens wichtigster Wirtschaftspartner und verstand sich während des EU-Beitrittsprozesses als „Anwalt Polens“. Die historische Aussöhnung

darf jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß Polen gegenüber deutschen Aktionen über seinen Kopf hinweg immer noch sehr skeptisch ist. Vor allem, wenn es sich um deutsch-russische Verständigungen handelt, wie die Kontroverse um die Ostseepipeline deutlich gemacht hat.

Zu Rußland ist das Verhältnis ungleich komplizierter. Das hängt damit zusammen, daß sich Moskau im Gegensatz zu Berlin mit der Aufarbeitung der eigenen Verbrechen noch immer schwer tut. Hierzu zählen insbesondere das Massaker von Katyń und die Bewertung der „Befreiung“ Polens im Zweiten Weltkrieg. Aber auch nüchtern betrachtet bestehen große Interessengegensätze, vor allem, was den weiteren Weg der östlichen Nachbarstaaten Polens angeht. Während Polen diese möglichst im Westen verankert sehen möchte, versucht Rußland, seine alte Einflußsphäre wiederzuerlangen. Die Skepsis Polens gegenüber Rußland ist also nur teilweise als „Russophobie“ zu verstehen, zumal die Gaskrisen in der Ukraine und der Georgien-Krieg durchaus für diese polnische Skepsis sprechen.

Die osteuropäischen Länder sind für Polen deswegen so wichtig, weil ihre Unabhängigkeit und Demokratisierung als Absicherung gegen eine mögliche Wiederkehr des russischen Imperialismus betrachtet wird. Daher ist dies auch der Schwerpunkt Polens in der gemeinsamen Außenpolitik der Europäischen Union. Die 2009 initiierte „Östliche Partnerschaft“ geht auf eine polnische Initiative zurück. Eine Sonderstellung nimmt dabei die Ukraine ein, die als strategisch wichtigstes Land in Osteuropa betrachtet wird. Dies ist der Grund, wieso Polen immer wieder als „Anwalt der Ukraine“ im Westen auftritt und bei der „Orangen Revolution“ eine wichtige Rolle gespielt hat, auch wenn beide Völker eine blutige Geschichte teilen und der Aussöhnungsprozeß noch immer andauert.

Polen heute

Polen ist heute fest im Westen verankert und eine prosperierende marktwirtschaftliche Demokratie. Es ist ein bedeutender Spieler in EU, NATO und weiteren internationalen Organisationen, der sein Gewicht einzusetzen gewillt ist und zunehmend auch professionell einsetzt. Innenpolitisch jedoch ist es immer stärker gespalten, da insbesondere die Frontstellung zwischen der PiS und der PO – vor allem betrieben von seiten der PiS – mittlerweile zu einer Feindbeziehung geworden ist, die kaum noch einen sinnvollen Dialog zuläßt. Dabei steht eine nationale, stark konservative, wohlfahrtsstaatliche und ideologisch aufgeladene Position einer pragmatischen, marktliberalen und proeuropäischen gegenüber.

Diese Spaltung ist ein potenzielles Hindernis für die Modernisierung des Landes und seine internationale Position, wenn eine Seite ihre Macht zur Obstruktion einsetzt, anstatt politische Konzepte zu erarbeiten.